

In case of reproduction, please mention source (ITF) · En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) · Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) · Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 7

Juli 1969

AUS DEM INHALT

Seite

Transport und Verkehr

Neues Imco-Abkommen über Tonnagemessung 60

Gewerkschaften

IBFG schliesst griechische Gewerkschaften aus 60  
USA: Weinbergbesitzer zu Verhandlungen bereit 61

Aus der Welt der Arbeit

Curaçao: Hafearbeiter und Petroleumarbeiter streiken 61  
Höhere Heuern für dänisches Fährpersonal 62  
Finnische Seeleute fordern bessere Renten 63  
Frankreich: Eisenbahner streiken wegen Personalmangel 63  
Britische Piloten fordern Mitgliedschaftszwang 63  
5% Lohnerhöhung für britisches Autobuspersonal 64  
Arbeitswechsel ist keine Ruhe für Kraftfahrer 64  
Japan: Protestkundgebung der Eisenbahner 65  
Lohnerhöhung für japanisches Nahverkehrspersonal 66  
Bessere Arbeitsbedingungen für norwegische Fischer 66  
Norwegen: Kriegsrisikoprämien für Vietnamfahrt erhöht 66  
USA: Eisenbahnverbände unterstützen Plan zur Reduzierung des Rücktrittsalters auf 60 Jahre 67  
Streik der amerikanischen Kapitäne, Steuerleute und Lotsen führt zu provisorischer Einigung 67

Personelles

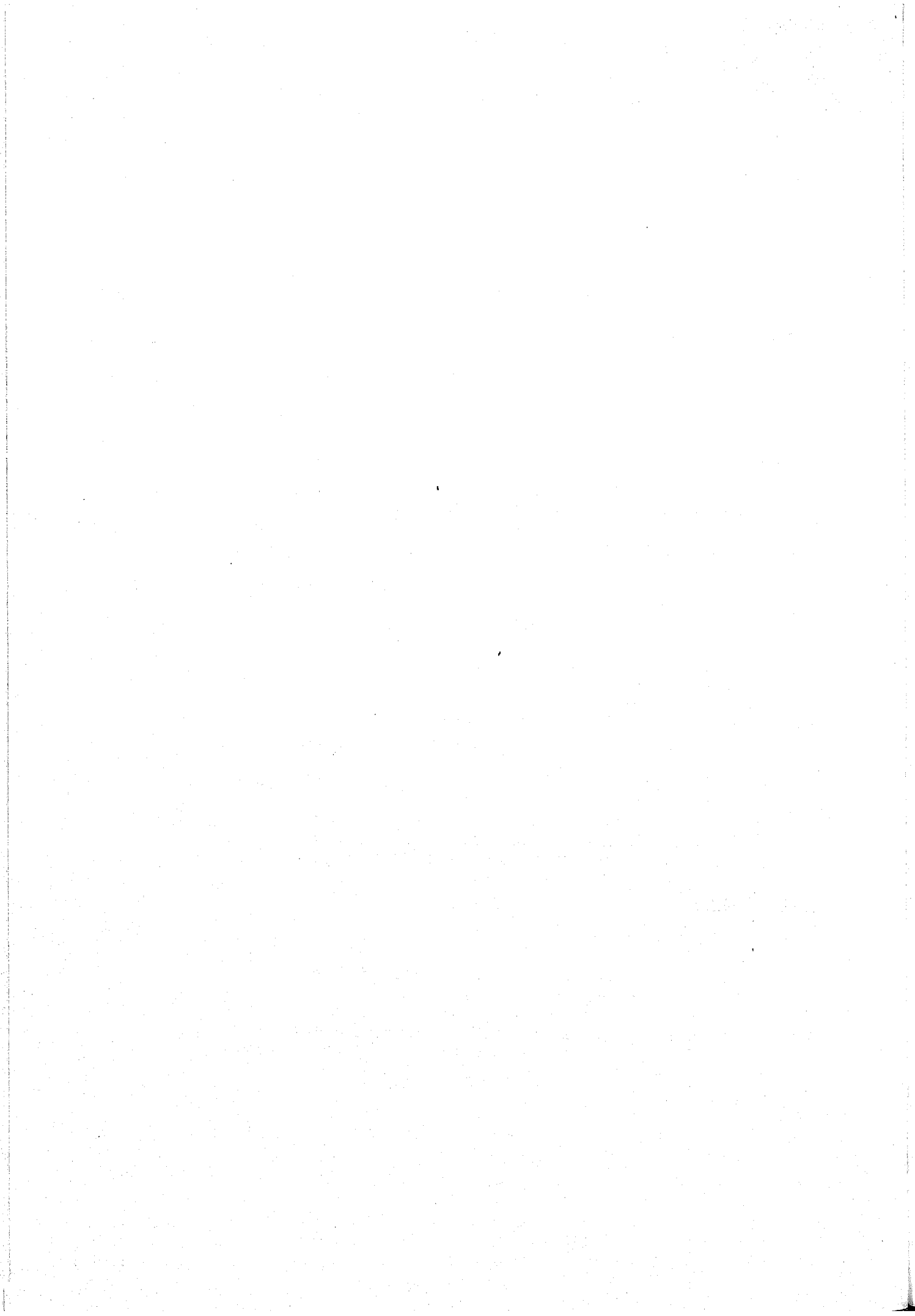
67

Bevorstehende Tagungen

68

Anhang 1: ITF verurteilt Apartheidpolitik des Smith-Regimes

Anhang 2: Erklärung der Ersten Karibischen ITF/BRAC-Konferenz über Verkehrswirtschaft -- Port of Spain, 27. und 28. Juni 1969



NEUES AUS DER ITF

ITF verurteilt Apartheidsmassnahmen des Smith-Regimes

Die ITF hat eine Erklärung zu der Lage abgegeben, die in Rhodesien aufgrund des vom illegalen Smith-Regime durchgeführten Referendums entstanden ist. Der Text der ITF-Erklärung ist in Anhang 1 dieser Nummer der ITF-Nachrichten wiedergegeben.

Erste Karibische ITF/BRAC-Konferenz über Verkehrswirtschaft

Am 27. und 28. Juni gelangte in Port of Spain (Trinidad) eine von der ITF gemeinsam mit der US Brotherhood of Railway and Airline Clerks (BRAC) organisierte karibische Konferenz über Verkehrswirtschaft zur Durchführung. Dies war die erste Tagung dieser Art im karibischen Raum. Ein kurzer Bericht befindet sich in Anhang 2 dieser Nummer der ITF-Nachrichten.

TRANSPORT UND VERKEHR

Neues IMCO-Abkommen über Tonnagemessung

Eine von der Internationalen Beratenden Organisation für Seeschifffahrt (IMCO) einberufene internationale Regierungskonferenz hat ein neues Abkommen angenommen, das ein einheitliches Verfahren für die Messung der Tonnage der in der internationalen Handelschifffahrt zum Einsatz gelangenden Schiffe enthält. Bis jetzt waren auf internationaler Ebene verschiedenartige Tonnagemessungsverfahren massgebend.

GEWERKSCHAFTEN

INTERNATIONALES

IBFG schliesst griechische Gewerkschaften aus

Der Internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG) hat auf seinem 9. Weltkongress in Brüssel den griechischen Gewerkschaftsbund

GSEE aus dem IBFG ausgeschlossen. Der IBFG-Vorstand erklärte in diesem Zusammenhange, dass sich die GSEE-Führung zu stark mit dem "Regime der Obersten solidarisiert und ihre letzte Unabhängigkeit über Bord geworfen" habe. Der GSEE hat rund 400.000 Mitglieder, zu denen der IBFG weiterhin Untergrundkontakte zu halten beabsichtigt.

## USA

### Einige kalifornische Weinbergbesitzer nunmehr zu Verhandlungen bereit

Der für die gewerkschaftliche Organisierung der amerikanischen Landarbeiter zuständige Ausschuss (United Farm Workers' Organizing Committee -- UFWOC) des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO berichtet, dass sich zehn wichtige kalifornische Tafeltraubenproduzenten nunmehr bereit erklärt haben, mit dem UFWOC über eine Formel zur Beilegung des bereits drei Jahre währenden Streiks der kalifornischen Weinbergarbeiter zu verhandeln. Die zehn Unternehmen machen zusammen etwa 12 % des gesamten kalifornischen Tafeltraubenanbaus aus.

Die Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Arbeitgebern begannen am 20. Juni in Anwesenheit eines staatlichen Schlichters. Der Vizepräsident des UFWOC, Dolores Huarta, hat seitdem erklärt, sie sei optimistisch und glaube, dass diese Verhandlungen in absehbarer Zeit zum Abschluss eines Kollektivvertrages führen würden. Die zehn an den Verhandlungen beteiligten Weinbergbesitzer sind jedoch starkem Druck seitens der übrigen grossen Tafeltraubenproduzenten ausgesetzt, die sie -- allerdings ohne Erfolg -- der Kollusion mit der Landarbeitergewerkschaft beschuldigt haben.

Kollege Cesar Chavez, der Direktor des UFWOC, hat betont, dass der internationale Boykott gegen kalifornische Tafeltrauben fortgesetzt wird und selbst bei erfolgreichem Ausgang der genannten Verhandlungen nur im Falle jener Unternehmen eingestellt werden würde, die befriedigende Verträge abgeschlossen haben. Gegen alle übrigen Unternehmen würde der Boykott verschärft werden.

AUS DER WELT DER ARBEIT

## CURACAO

### Hafenarbeiter und Petroleumarbeiter streiken

Nachdem Streiks und Unruhen zwei Tage lang die Wirtschaft des Landes paralisiert hatten wurden am 1. Juni niederländische Truppen

nach Curacao geflogen. Grund für die ergriffenen Streikmassnahmen waren Meinungsverschiedenheiten über die unterschiedlichen Löhne des Personals der niederländischen Werkspoor Caribbean Construction Company (Wescar) und der Shell- Petroleumgesellschaft. Das Personal der Firma Shell und die Hafentarbeiter traten in Unterstützung der Belegschaft der Wescar in den Streik. Nachdem ein führender Gewerkschaftsfunktionär durch einen Revolverschuss verletzt worden war, kam es zu heftigen Zusammenstößen. Als Gegenmassnahme wurden auf Anordnung der Regierung 200 führende Gewerkschafter verhaftet, darunter Kollege Amator Nita, der Vorsitzende des der ITF angeschlossenen Hafentarbeiterverbandes. Ein von den Gewerkschaften des Landes auf den 2. Juni angekündigter Generalstreik konnte durch eine provisorische Einigung über die ursprünglichen Streitfragen vermieden werden. Für die Belegschaft der Wescar soll ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden. Weitere Einzelheiten liegen noch nicht vor.

### DAENEMARK

#### Beträchtliche Erhöhung der Heuern -- Streik der Fährenbesatzungen endet

Ein mehrere Wochen langer Arbeitskonflikt zwischen dem der ITF angeschlossenen Dänischen Seeleuteverband und vier dänischen Fährenreedereien endete am 4. Juli in der Annahme einer vom staatlichen Schlichter vorgeschlagenen Einigungsformel, die mit der Hilfe des Dänischen Gewerkschaftsbundes (LO) zustande kam und u.a. eine Erhöhung der Monatsheuern um mehr als Dkr.300.-- vorsieht.

Der Streik war ursprünglich gegen die Kalundborg-Juelsminde Fährenreederei gerichtet und begann am 17. Juni, nachdem erneute Verhandlungen wiederum auf dem toten Punkt angelangt waren. Daraufhin trafen drei weitere Reedereien Aussperrungsmassnahmen gegen die auf ihren Fährschiffen beschäftigten Besatzungen.

Die nunmehr beschlossene Einigung ist vom Standpunkt der Seeleute gesehen äusserst befriedigend. Ihre wichtigste Verbesserung besteht in der sofortigen Erhöhung der Monatsheuer um Dkr.277.-- und um weitere Dkr.30.-- ab 1. März 1970. Das sind Dkr.80 pro Monat mehr als das letzte Angebot der Reeder vor Abbruch der Verhandlungen. Die Reeder haben ausserdem zwei weitere Bedingungen zurückgezogen, nämlich a) dass der Ablaufstermin des neuen Vertrages 1. Juni auf den 1. März vorverlegt werden und b) dass die Gewerkschaft mit den vier Fährenreedereien als Gruppe verhandeln sollte.

Während des Streiks drohte die der ITF angeschlossene Schwedische Seeleutegewerkschaft, einen Solidaritätsstreik gegen eine schwedische Reederei durchzuführen, die beabsichtigte, eines der dänischen Fährschiffe zu chartern und es mit einer schwedischen Besatzung einzusetzen.

---

Dkr. 1.00 = DM 0.53

## FINNLAND

### Seeleute fordern bessere Renten

Die der ITF angeschlossene Finnische Seeleutegewerkschaft hat eine Aenderung des 1956 erlassenen Seeleuterentengesetzes beantragt, um gewisse Mängel zu beheben, die sich vor allem zum Nachteil der Arbeitnehmer in den niedrigeren Lohn- und Gehaltsstufen auswirken. Die Gewerkschaft fordert, dass sich die Höhe der Rente auf den Gesamtverdienst stützen sollte und nicht allein auf die Grundheuer und Zahl der Dienstjahre.

## FRANKREICH

### Eisenbahner streiken wegen Personalmangel

Die französischen Gewerkschaften der Eisenbahner -- darunter die der ITF angeschlossene Eisenbahnerföderation FO -- haben am 19. und 20. Juni einen Proteststreik gegen den starken Personalmangel im Eisenbahnsektor Elsass-Lothringen durchgeführt. Gemäss den Angaben der Gewerkschaften sind in diesem Sektor über 450 Positionen des nichtfahrenden Personals unbesetzt.

## GROSSBRITANNIEN

### Schiedsspruch könnte zur Aenderung der Bemannungsnormen für britische Gefriertrawler führen

Ein britisches Arbeitsgericht hat der Forderung des der ITF angeschlossenen Britischen Transportarbeiterverbandes (TGWU) stattgegeben, dass im Maschinenraum aller von Hull auslaufenden Gefriertrawler ein zusätzlicher Schmierer beschäftigt werden sollte. Gegenwärtig ist der Maschinenraum der 23 von Hull auslaufenden Trawler dieses Typs mit 3 Maschinisten und 2 Schmierern besetzt. Der TGWU stützte seine Forderung auf Einsatz eines zusätzlichen Schmierers auf die Tatsache, dass die mit der Einführung semi-automatischer Maschinen verbundenen Schwierigkeiten zusätzliche Arbeit und Anstrengungen für das betreffende Personal verursacht haben. Diese arbeitsgerichtliche Entscheidung könnte sehr wohl zu einer Aenderung der Bemannungsnormen für Gefriertrawler im allgemeinen führen.

### Britische Pilotenvereinigung will Mitgliedsschaftszwang für BOAC

Die British Airline Pilots' Association (BALPA) hat ihre bei der BOAC beschäftigten Mitglieder aufgefordert, ab 1. August keine Flüge mit Piloten durchzuführen, die nicht der BALPA angehören. Dieser Beschluss wurde am 7. Juli auf einer Massenkundgebung der

Piloten gefasst. Gleichzeitig erklärte die BALPA, dass sie keine Piloten für Maschinen des Typs Boeing 747 stellen werden, solange die jetzigen Verhandlungen über die Beschäftigungsbedingungen der auf anderen Flugzeugtypen beschäftigten Piloten nicht abgeschlossen sind.

#### Gewerkschaften werden Erhöhung der Mindestlöhne britischer Lastwagenfahrer um £ 2 pro Woche fordern

Die britischen Gewerkschaften der Fahrer im Strassengütertransport werden demnächst auf gesamtbritischer Ebene Verhandlungen über eine Forderung auf Erhöhung des wöchentlichen Mindestlohnes der Fahrer um £ 2 pro Woche beginnen. Dieses gemeinsame Vorgehen der zuständigen Gewerkschaften wurde beschlossen, weil die Verhandlungen auf lokaler Ebene ergebnislos waren. Die Gewerkschaften vertreten zusammen rund 220.000 Fahrer. Zuzüglich zur erwähnten Erhöhung der Mindestlöhne -- die sich in einigen Fällen auf nur £ 11 pro Woche belaufen -- beabsichtigen die Gewerkschaften folgende Verbesserungen zu fordern: Zahlung einer Nachtarbeitszulage in Höhe von 20 % des Grundlohnes anstelle des bisherigen Zuschlags von 11 d. pro Stunde für Arbeit zwischen 19:00 Uhr und 06:00 Uhr; Erhöhung des Tagegeldes bei Abwesenheit vom Heimatstandort von 23 s. auf 30 s. und Gewährung einer dritten bezahlten Urlaubswoche.

#### 5 % Lohnerhöhung für britische Busfahrer im Städtischen Nahverkehr

Die britische Transportarbeitergewerkschaft TGWU hat für ihre rund 77.000 Busfahrer und für das Werkstättenpersonal einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der eine Lohnerhöhung von 5 % vorsieht. Weitere Verbesserungen sind: zusätzliche Urlaubstage für Busfahrer mit einer langen Dienstzeit; besseres Urlaubsgeld und Änderungen der Prämien für lange Dienstzeit.

#### Gerichtsurteil: Arbeitswechsel ist keine Ruhe für Kraftfahrer

Der Oberste Gerichtshof Grossbritanniens hat es als Verstoss gegen das Gesetz bezeichnet, dass ein Lastkraftfahrer nach einer 12-stündigen Lenkzeit für seinen Arbeitgeber noch andere Arbeit leistete. Der betreffende Kraftfahrer hatte für seinen Arbeitgeber nach seiner Lenkzeit noch 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden lang Alteisen zerschnitten. Der Gerichtshof hat den Befund eines niedrigeren Gerichtes, dass diese Arbeit als "Lenkpause" gelten könne, für falsch erklärt, da der Kraftfahrer in den letzten 24 Stunden keine Ruhepause von mindestens 10 zusammenhängenden Stunden erhielt, wie es das Gesetz vorschreibt.

## GRIECHENLAND

### Bessere Gehälter und Renten für 'Olympic Airline' - Piloten

Nach langen und bitteren Verhandlungen war es der Hellenic Airline Pilots' Association (HALPA) möglich, sich mit der Olympic Airways im Prinzip zu einigen, eine bessere Gehaltsstruktur und Rentenkasse einzuführen. Der Vertrag, der mit Rückwirkung vom 1. Januar 1969 gilt, sieht eine Erhöhung der Gehälter um 16% bis 17% vor. Die Rentenkasse, deren Beiträge von den Piloten und dem Arbeitgeber zu je 50 % zu leisten sind, sieht im Alter von 60 Jahren eine Rente von US\$ 300 pro Monat vor. Das Rücktrittsalter soll jedoch mit jedem Jahr seit der Einführung der Rentenkasse um ein Jahr reduziert werden, bis man auf 53 Jahre herunterkommt.

Die HALPA hat weitere Verhandlungen in die Wege geleitet, um zusätzliche Verbesserungen zu erwirken, vor allem in Bezug auf die Bestimmungen über Flug- und Dienstzeit. Es ist anzunehmen, dass sich der Verband allen Versuchen der Arbeitgeber, die Zahl der Zwischenlandungen pro Flugdiensttour zu erhöhen, stark widersetzen wird.

## JAPAN

### Protestkundgebung über Einmannbetrieb auf Japanischen Staatsbahnen durch Abschluss eines neuen Vertrages vermieden.

Nach einem 12-stündigen Streik am 29. Mai wurde zwischen der Geschäftsleitung der japanischen Eisenbahnen und den der ITF angeschlossenen japanischen Eisenbahnerverbänden (Doro und Kokuro) eine Einigung über verschiedene Streitfragen getroffen, die während des langen Konfliktes über die Einführung des Einmannbetriebes in den Vordergrund getreten waren. (Siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 5, Seite 45.) Eine auf den 30. Mai festgesetzte Protestkundgebung wurde somit abgewendet. Um eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung zu finden, wurde beschlossen, a) die Verhandlungen über die Abschaffung des zweiten Lokführers fortzusetzen; b) mit allen Mitteln zu versuchen, bis spätestens September alle noch ausstehenden Fragen über die Reduzierung der Arbeitsstunden und Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Lokpersonals zu klären; c) die geplante Abschaffung des zweiten Lokführers im Rangierdienst erneut zu untersuchen und zu erwägen und d) nur dann Versetzungen des jetzigen Lokpersonals vorzunehmen, wenn die betreffenden Arbeitnehmer damit einverstanden sind.



### Lohnerhöhung für japanische Transportarbeiter im Städtischen Nahverkehr zufolge von Protestmassnahmen

Nach der Durchführung einer Protestaktion am 17. Mai war es der der ITF angeschlossenen Föderation der Verbände der Transportarbeiter im Städtischen Nahverkehr möglich, für ihre in Tokio, Osaka und Nagoya beschäftigten Mitglieder Lohnerhöhungen durchzusetzen. Um ähnliche Erhöhungen für das in Yokohama und Kobe beschäftigte Personal zu erzielen, wurden weitere Streikmassnahmen vorgesehen.

### NORWEGEN

#### Bessere Arbeitsbedingungen für norwegische Fischer

Die der ITF angeschlossene Norwegische Seeleutegewerkschaft hat mit der Norwegischen Vereinigung der Fischereireeder ein neues Abkommen über die Arbeitsbedingungen der Fischer abgeschlossen, das am 1. April dieses Jahres in Kraft trat. Die wichtigste Verbesserung besteht in einer beträchtlichen Erhöhung des Fanganteils der Besatzungen von Fischereifahrzeugen mit einer Fangkapazität bis zu 3.500 Hektoliter. Durch diese Neuregelung werden die grossen Unterschiede, die bis jetzt in Bezug auf die Höhe des Fanganteils zwischen den Besatzungen grosser und kleinerer Schiffe bestanden haben, einigermaßen überbrückt. Ferner werden die Besatzungsmitglieder grösseren Einfluss in Bezug auf den Verkauf des Fangs ausüben können und auf allen Fischereifahrzeugen, deren Besatzung mehr als 14 Mann beträgt, soll ein zusätzlicher Schiffsjunge beschäftigt werden. Bisher galt diese Regelung erst für Schiffe mit einer Besatzung von mehr als 16 Mann.

Die Reeder sind dafür verantwortlich, alle Besatzungsmitglieder zu versichern. Wenn ein Fischer tödlich verunglückt, erhält seine Witwe eine Pauschalzahlung in Höhe von Kr. 5.000. Wird ein Fischer zufolge eines Unfalls Vollinvalide, beträgt die diesbezügliche Entschädigung Kr. 10.000. Ferner wurden die Leistungen, die im Krankheitsfalle und bei Strandungen zu zahlen sind, um 10 % auf Kr. 1.200 erhöht.

Der Seeleuteverband verhandelt noch immer um eine Erhöhung des täglichen Krankengeldes für Besatzungen von Schiffen mit mehr als 100 BRT und ist ferner der Ansicht, dass die Beschäftigungssicherheit der Fischer ebenso gut sein sollte, wie die der an Land beschäftigten Arbeiter. (Kr. 1.00 = DM 0,54)

#### Höhere Kriegsrisikoprämien für norwegische Schiffe mit Bestimmungshäfen in Vietnam

Nach Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeberseite und den der ITF angeschlossenen norwegischen Seeleuteverbänden wurde beschlossen, die Kriegsrisikoprämie für Schiffe mit Bestimmungs-

häfen in Vietnam zu erhöhen. Die höhere Prämie ist zu entrichten, sobald das Schiff höchstens 60 Seemeilen vom Bestimmungshafen in Vietnam entfernt ist und der Anspruch darauf erlischt, sobald die Entfernung zwischen Schiff und Hafen auf der Rückreise die gleiche Entfernung übersteigt. Die Prämie ist für mindestens 10 Tage zu einem Minimum von Kr. 70 pro Tag zu zahlen.

#### VEREINIGTE STAATEN

##### Eisenbahnergewerkschaften unterstützen Plan zur Reduzierung des Rücktrittsalters auf 60 Jahre

Ein dem Kongress vorliegender Gesetzentwurf, der vorsieht, dass männliche Eisenbahner nach einer Dienstzeit von 30 Jahren bereits bei Erreichen des 60. Lebensjahres Anspruch auf Zahlung ihrer vollen Rente haben sollten, wird von den amerikanischen Eisenbahnergewerkschaften unterstützt. Bisher galt diese Regelung nur für die im Dienst der Eisenbahn stehenden Frauen.

##### Streik der Kapitäne, Steuerleute und Lotsen führt zur provisorischen Einigung

Die der ITF angeschlossene amerikanische Gewerkschaft der Kapitäne, Steuerleute und Lotsen (OMM&P) hat sich nach einem zweitägigen Streik mit den zuständigen Reedern provisorisch über die Einzelheiten eines neuen Vertrages für ihre auf Fracht- und Fahrgastschiffen beschäftigten Mitglieder geeinigt. Gegen die Tankschiffreeder, mit denen noch keine Einigung erzielt werden konnte, dauert der Streik an. Die wichtigsten Verbesserungen des neuen geplanten Abkommens sind: a) 60 zusätzliche Urlaubstage oder Pauschalentschädigung in Bargeld; b) eine jährliche Erhöhung der Heuern um 6 % während der nächsten 3 Jahre und c) eine zusätzliche Erhöhung der Heuern um 10 % für alle auf automatisierten Schiffen beschäftigten Offiziere. Ferner erklärten sich die Arbeitgeber bereit, ein Ausbildungsprogramm zu finanzieren, das den Offizieren bessere Aufstiegsmöglichkeiten bietet, vor allem im Zusammenhang mit der Einführung technischer Neuerungen an Bord von Schiffen.

PERSONELLES
-------------

Tor Aspengren, ehemaliger Präsident des Norwegischen Metallarbeiterverbandes, ist als Nachfolger des zurücktretenden Kollegen P. Mentsen zum Präsidenten des Norwegischen Gewerkschaftsbundes gewählt worden.

A.W. Korbijn, Sekretär der Abteilung Strassentransport des der ITF angeschlossenen Niederländischen Transportarbeiterverbandes (NBV) und J. de Graaff (Sektion Zivilluftfahrt des NBV) sind vor kurzem in den Ruhestand getreten. Am Ende seines sehr arbeitsreichen Lebens wurde Kollege Korbijn von der niederländischen Regierung in Anerkennung seiner Verdienste zum Mitglied des Ordens von Oranje-Nassau gemacht. Wir wünschen beiden Kollegen alles Gute für die Zukunft.

Jean Möri, das schweizerische Arbeitnehmermitglied im IAO-Verwaltungsrat und Sekretär der Union Syndicale Suisse, wurde auf der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz, die in das Jahr des 50. Jubiläums der IAO fällt, einstimmig zum Vorsitzenden der Konferenz gewählt. Er ist der erste Arbeitnehmervertreter in der Geschichte der IAO, dem diese Ehre zuteil wurde.

D. J. Sullivan, ehemaliger Vizepräsident der der ITF angeschlossenen US Brotherhood of Railway and Airline Clerks, ist als Nachfolger des zurücktretenden Kollegen George M. Gibbons zum Sekretär/Kassenwart seiner Organisation ernannt worden.

Pascual Tomás, seit 1945 Generalsekretär der Freien Gewerkschaft spanischer Arbeiter (UGT), hat sein Amt aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt. Sein Nachfolger ist Kollege Manuel Muino Arroyo.

Viggo Wivel, Präsident des der ITF angeschlossenen Dänischen Transportarbeiterverbandes, ist nach einer langen Erkrankung im Alter von 69 Jahren gestorben. Sein Amt als Präsident legte er im September 1968 nieder. Allen seinen Arbeitskollegen und seinen Angehörigen sprechen wir unser aufrichtiges Beileid aus.

#### BEVORSTEHENDE TAGUNGEN

Konferenz der Seeleutesektion	-	Genua, 12-13 September 1969
Ausschuss der Sektion Transportverwandte Berufe und Dienste	-	London, Oktober 1969
Sektionskonferenz der Eisenbahner	-	Mexiko, 11-13 November 1969
ITF-Vorstand	-	Mexiko, 18-19 November 1969

WEITERE INFORMATIONEN UEBER DIE IN DIESER NUMMER ENTHALTENEN MITTEILUNGEN SIND VOM SEKRETARIAT AUF ANFRAGE ERHAELTLICH.

DIE ITF VERURTEILT DIE APARTHEIDPOLITIK DES SMITH-REGIMES

Das unter der Führung von Mr. Ian Smith stehende illegale Regime Südrhodesiens unternahm vorigen Monat den letzten Schritt in Richtung der offiziellen Festlegung einer festen Apartheidpolitik und stellte damit sicher, dass das Geschick des Landes vorwiegend von den 240.000 europäischen Einwohnern bestimmt werden wird und nicht von den über 4 Millionen afrikanischen Staatsbürgern.

Im Rahmen einer sogenannten Volksabstimmung, bei der nur 91.000 Personen -- die überwiegende Mehrzahl davon Europäer -- stimmberechtigt waren, erlangte das illegale Regime die Zustimmung für eine Regelung, durch die Rhodesien zur Republik gemacht wird, sowie für den Erlass einer neuen Verfassung, die der weissen Bevölkerung des Landes supremate Rechte einräumt. Die Volksabstimmung selbst wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen als eine Verhöhnung der UN-Charta und der von der UNO zur Lage in Rhodesien angenommenen Entschliessungen bezeichnet. Er sagte u.a., dass diese Massnahme ein weiterer bedauernswerter Schritt in der falschen Richtung sei, nicht nur für Südrhodesien, sondern für Afrika und die gesamte Welt. Der afrikanische Gewerkschaftsbund des Landes hatte bereits vor der Abstimmung die vorgeschlagene Aenderung der Verfassung verurteilt und erklärt, dass die Bildung einer Republik nichts am illegalen Status der jetzigen Regierung ändern werde, da andere Länder diese Republik nicht anerkennen würden, weil die Massnahme gegen den Willen der Bevölkerung des Landes durchgeführt worden sei. Der Wortführer der parlamentarischen Opposition, Mr. Percy Mkudu, erklärte in diesem Zusammenhang, dass kein afrikanischer Einwohner des Landes diese vollkommen unannehmbaren Aenderungen der Verfassung unterstützen könne.

Der Zweck der genannten Verfassungsänderung ist aus einem vom Smith-Regime veröffentlichten Weissbuch klar ersichtlich. In diesem Weissbuch heisst es u.a.: "Die rhodesische Regierung ist der Ansicht, dass die jetzige Verfassung vom rhodesischen Volk nicht länger akzeptiert werden kann, weil sie letzten Endes eine afrikanische Mehrheit vorsieht und damit die Dominierung einer Rasse durch eine andere. Die Verfassung bietet somit keine Gewähr dafür, dass das Schicksal in den Händen verantwortungsbewusster Menschen bleibt. Die vorgeschlagene Verfassung wird dies sicherstellen und den afrikanischen Einwohnern des Landes das Recht einräumen, sich in zunehmendem Masse an der Regierung des Landes zu beteiligen, indem sie sich dieses Recht durch erhöhte Abgaben an die staatlichen Finanzbehörden erwerben. Ferner wird das Recht der Stammeshäuptlinge, als Vertreter ihrer Stämme an Beratungen auf staatlicher Ebene teilzunehmen, anerkannt."

In anderen Worten, die Macht verbleibt in den Händen einer europäischen Minderheit (die etwas merkwürdige Definierung des Begriffes Europäer lautet: "jemand der kein Afrikaner ist"). Die politischen und sozialen Rechte der afrikanischen Einwohner des Landes werden ausschliesslich davon abhängen, wieviel Einkommenssteuer sie im Vergleich zu den europäischen Einwohnern zahlen, sodass auf

unabsehbare Zeit keine Gleichstellung zu erwarten ist, Ferner hat das Smith-Regime, auf das Vorbild der südafrikanischen Regierung gestützt, eine Hinzuziehung der Stammeshäuptlinge zu staatlichen Beratungen vorgesehen -- unter der Annahme natürlich, dass diese Häuptlinge willige Diener des Regimes bleiben werden.

Als Smith selbst gefragt wurde, wie lange es seines Erachtens dauern werde, bis die Afrikaner vorwiegend das Geschick des Landes lenken, erwiderte er, dass der Europäer dem Afrikaner in Kenntnissen und Erfahrung überlegen sei und gab der Ansicht Ausdruck, dass dies immer der Fall sein werde. "Wir sind ihnen soweit voraus", fügte er hinzu, "dass sich meines Erachtens die Kluft zwischen ihnen und uns eher vergrössern als verengern dürfte."

Eine derartige arrogante Einstellung muss man natürlich sorgfältig mit praktischen Sicherheitsmassnahmen untermauern, um zu gewährleisten, dass die Minderheit am Ruder bleibt. Das rhodesische Parlament z.B. soll aus zwei Kammern bestehen. Das Unterhaus (House of Assembly) wird 66 Abgeordnete haben, davon 50 Europäer aus Wahlbezirken mit ausschliesslich europäischen Einwohnern. Nur 8 der afrikanischen Mitglieder sind direkt zu wählen, je einer für die 8 afrikanischen Wahlbezirke in Mashonaland und Matebeland. Die übrigen 8 afrikanischen Abgeordneten sollen von den Wahlgruppen der Stämme dieser beiden Wahlbezirke bestimmt werden. Im Oberhaus (Senat) werden sich 10 europäische Abgeordnete und 10 afrikanische Stammeshäuptlinge befinden. Die ersteren werden jedoch von den europäischen Abgeordneten des Unterhauses aus der Reihe der Kandidaten gewählt, die von europäischen Wählern nominiert werden, wogegen die letzteren von dem unter den Auspizien der Regierung fungierenden Häuptlingsrat zu benennen sind. Die restlichen 3 Mitglieder des Oberhauses -- gemäss der vorgeschlagenen Verfassung Angehörige "irgendeiner Rasse" -- werden vom Staatsoberhaupt ernannt.

Die sogenannte, ebenfalls Teil der Verfassungsvorschläge bildende Erklärung der Bürgerrechte enthält mehr über die Umstände, unter denen man gewisse Rechte nicht genießt, als über die eigentliche Sicherstellung der Menschenrechte. Die persönliche Freiheit wird z.B. dadurch beeinträchtigt, dass quasi-juridische Instanzen berechtigt sein werden, Verhaftungen anzuordnen, die im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich sind. Das Recht auf Schutz vor Hausdurchsuchungen soll in ähnlicher Weise eingeschränkt werden. Ferner sollen in die Verfassung Bestimmungen betreffend die Zensur der Presse und anderer Informationsquellen aufgenommen werden. Die das Lebensrecht betreffende Bestimmung soll in dem Sinne erweitert werden, dass die Ergreifung von Zwangsmassnahmen gestattet ist, wenn immer dies berechtigt erscheint, um Terror-massnahmen zu unterdrücken.

Schon jetzt steht fest, dass die Geschichte ein negatives Urteil über Herrn Smith und seine Mitläufer fällen wird, obwohl sich diese Herren wahrscheinlich darüber keine Sorgen machen werden. Vielleicht kann man sie am Ende nur dadurch zur Vernunft bringen, dass man ihnen durch praktische Beispiele beweist, dass die restliche

Welt dieses Regime weder anerkennen, noch mit ihm irgendwie zusammenarbeiten wird.

Die Vereinten Nationen haben ihre Mitgliedsstaaten bereits zu einem Boykott gegen rhodesische Exporte aufgerufen und sie gleichzeitig aufgefordert, Rhodesien weder mit Waffen, Munition, Fahrzeugen, Flugzeugen und ähnlichem Zubehör, noch mit Rohöl oder Ölprodukten zu versorgen. Obwohl derartige Sanktionen ein beschränktes Ziel verfolgen, können sie weh tun. Leider muss gesagt werden, dass bis jetzt nicht alle Mitgliedsstaaten der Aufforderung der UNO gefolgt sind. Da das Smith-Regime nunmehr bewiesen hat, dass es entschlossen ist, in Rhodesien eine Minderheitsregierung zu erzwingen, haben die Mitgliedsstaaten der UNO unseres Erachtens keinen Grund mehr, die ihnen im Rahmen der UNO-Charta entstehenden Verpflichtungen zu umgehen. Alle der ITF angeschlossenen Gewerkschaften sollten daher die Regierungen ihrer Länder aufrufen, die vom UNO-Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen gegen Rhodesien unverzüglich in die Tat umzusetzen und, wenn immer möglich, ein gesetzliches Verbot gegen die Beförderung rhodesischer Güter auf Schiffen und Flugzeugen ihres Landes zu erlassen. Wenn immer illegale Frachten auf dem See- oder Luftwege in einem UNO-Mitgliedsstaat eintreffen, sollten die für die Verladung dieser Frachten zuständigen ITF-Verbände dies den staatlichen Behörden unverzüglich zur Kenntnis bringen oder über die ITF den UNO-Ausschuss für Sanktionen verständigen. Das gleiche gilt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass rhodesische Frachten durch die Verwendung falscher Ladezettel "getarnt" worden sind, vor allem wenn das angebliche Ursprungsland entweder Mozambique oder Südafrika ist.

Die ITF fusst auf den Grundsätzen der Freiheit, Gerechtigkeit und der politischen und sozialen Gleichheit aller, ohne Unterschied der Hautfarbe, der Rasse oder der Glaubenszugehörigkeit. Aus diesem Grunde lehnen wir alle Versuche zur Verteidigung oder Erzwingung einer Apartheidsgesellschaftsform oder Apartheidsregierung vorbehaltlos ab. Auch die Transportarbeiter der freien Welt müssen ihren Teil zum Kampf gegen die Bildung einer neuen Feste der Rassendiskriminierung in Afrika beitragen.

ERSTE KARIBISCHE ITF/BRAC-KONFERENZ UEBER VERKEHRSWIRTSCHAFT

Port of Spain, 27. und 28. Juni 1969

ERKLAERUNG

1. Am 27. und 28. Juni 1969 trafen sich Vertreter der karibischen Transportarbeiter zur Ersten Karibischen ITF/BRAC-Konferenz über Verkehrswirtschaft. Ausser Gewerkschaftern aus Barbados, Bermuda, Curacao, Granada, Guayana, Jamaika und Trinidad & Tobago, nahmen an dieser Konferenz der Stellvertretende Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF), Harold Lewis; der Direktor der Internationalen Abteilung der American Brotherhood of Railway and Airline Clerks (BRAC), Jack F. Otero; und der Regionaldirektor der ITF für Lateinamerika und den Karibischen Raum, Medardo Gomeró, teil. Senator Clive Spencer, Präsident des Seeleute- und Hafentarbeiterverbandes von Trinidad & Tobago wurde zum Vorsitzenden gewählt; Eugene Blakeney (Bermuda) zum Ersten Vizevorsitzenden; Harold Lewis (ITF) fungierte als Sekretär der Konferenz und Joseph Granum, Generalsekretär der Communication and Transport Workers' Trade Union of Trinidad and Tobago, als Stellvertretender Konferenzsekretär.
2. Zwei Tagesordnungspunkte waren Gegenstand von Referaten. Mr. S. De Castro von der Westindischen Universität sprach über die Wirtschaftsstruktur im Karibischen Raum und deren Auswirkungen auf den Transport und Verkehr; und Senator Conrad O'Brien (Trinidad & Tobago) hielt ein Referat über Fremdenverkehr im Karibischen Raum. Andere Punkte der Tagesordnung befassten sich mit: einer Erörterung der gemeinsamen Probleme und Ziele der Transportarbeitergewerkschaften; einer Ueberprüfung der Möglichkeiten zur Herbeiführung einer engeren Zusammenarbeit und Koordinierung der Tätigkeit der ITF-Gewerkschaften im Karibischen Raum und einem Bericht über die künftige Tätigkeit der ITF im Karibischen Raum. Schliesslich berichteten die Delegierten des Hafentarbeiterverbandes von Curacao über kürzliche Entwicklungen in ihrem Land, und es wurde beschlossen, diesen Bericht an das ITF-Hauptbüro weiterzuleiten, damit geeignete Schritte unternommen werden können.
3. Diese Referate und die Diskussion der übrigen Punkte führten zu folgenden Schlussfolgerungen:
  - (1) Die gemeinsamen Interessen der karibischen Transportarbeitergewerkschaften machen eine enge Zusammenarbeit zwischen ihnen unerlässlich.

- (2) Diese Zusammenarbeit kann offensichtlich am besten über die ITF erfolgen, der alle in Frage kommenden Gewerkschaften angehören.
  - (3) Die sich aus der Einführung technischer Neuerungen (Verwendung von Containern und Paletten) sowie aus der Rationalisierung und der wirtschaftlichen Integration ergebenden Schwierigkeiten können nur dann überwunden werden:
    - a) wenn die karibischen Transportarbeitergewerkschaften eng und entschlossen zusammenarbeiten; und
    - b) wenn angemessene Vorkehrungen getroffen werden, um irgendwelchen sozialen und wirtschaftlichen Folgen zu begegnen, vor allem im Hinblick auf die weitverbreitete Arbeitslosigkeit und den Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten im Karibischen Raum.
  - (4) Nachdem die Delegierten einstimmig ihrer grossen Unzufriedenheit darüber Ausdruck gegeben hatten, dass die Regierungen ihrer Länder sie bei der Planung und Durchführung sozialer und wirtschaftlicher Programme auf nationaler und regionaler Ebene nicht hinzuziehen, bekräftigte die Konferenz die Forderung, dass mit den zuständigen Gewerkschaften bei der Formulierung und Durchführung solcher Programme Rücksprache gehalten werden sollte,
  - (5) Im Interesse der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Karibischen Raumes wurde auf die Notwendigkeit der Bereitstellung einer existenzfähigen und integrierten Luft- und Schiffsverbindung verwiesen, wobei die diesbezüglichen Einrichtungen regional verwaltet werden sollten.
  - (6) Obwohl die gemeinsamen Interessen der karibischen Gewerkschaften klar erkenntlich sind und ihre Verteidigung gemeinsame Aktionen erfordert, fühlen sich die karibischen Transportarbeiter auch mit den übrigen Transportarbeitern der freien Welt vereint und sind daher fest entschlossen, auch an der Tätigkeit der ITF, der Millionen von Transportarbeitern in 325 Gewerkschaften aus 86 Ländern angehören, aktiv mitzuwirken.
4. Die an der Konferenz teilnehmenden Delegierten pflichten einstimmig den obigen Schlussfolgerungen bei und versprechen, die in ihnen enthaltenen Ziele mit allen verfügbaren Mitteln zu unterstützen, um auf diese Weise zur grösseren sozialen Gerechtigkeit und zur Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen aller ihrer Mitglieder beizutragen.